



Zusammenfassung des Webinars vom 22. Juni 2020

Die afrikapolitischen Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020

Hintergrund: In diesem Jahr werden wichtige Weichen für die künftigen europäisch afrikanischen Beziehungen gestellt. Die EU-Kommission hat den Entwurf für eine neue EU-Afrika-Strategie vorgestellt, die den Weg zum EU-AU-Gipfel im Herbst 2020 bereiten soll. Das Cotonou-Abkommen zur Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten lief Anfang des Jahres aus. Darüber hinaus sollen die Sahel-Strategie der EU angepasst und neue Finanzierungsinstrumente eingeführt werden. Deutschland wird am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Diese angesichts aktueller Herausforderungen ohnehin schon anspruchsvolle Aufgabe gewinnt durch die schwerwiegenden Auswirkungen der Corona-Krise und das wachsende strategische Engagement von Drittstaaten zusätzlich an Brisanz. Vor diesem Hintergrund lud die Deutsche Afrika Stiftung Ihre Mitglieder zur Diskussion der afrikapolitischen Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein.

Highlights:

- *Afrika ist ein wichtiger außenpolitischer Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.*
- *Die Covid-19-Pandemie hat auf dem afrikanischen Kontinent vor allem wirtschaftliche Folgen - diese müssen durch multilaterale Maßnahmen wie Schuldenerlasse abgefangen werden.*
- *Die Covid-19-Krise verschärft den Systemwettbewerb mit China in Afrika. Europa und Deutschland müssen darauf eine Antwort finden.*
- *Zentral für eine erfolgreiche Partnerschaft von Afrika und Europa ist eine kohärente Strategie, die nicht nur auf Plänen und Absichten basiert, sondern abgestimmte Projekte initiiert und messbare Erfolge erzielen kann.*

Begrüßung:

- **Dr. Uschi Eid,**
Präsidentin der Deutschen Afrika Stiftung

Impuls:

- **Botschafter Robert Dölger,**
Regionalbeauftragter für Subsahara-Afrika und den Sahel im Auswärtigen Amt

Diskussion:

- **Volkmar Klein MdB,**
entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Omid Nouripour MdB,**
außenpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen
- **Botschafter Robert Dölger,**
Regionalbeauftragter für Subsahara-Afrika und den Sahel im Auswärtigen Amt

Moderation:

- **David Schwake,**
Generalsekretär der Deutschen Afrika Stiftung

Bereits seit mehreren Jahren lasse sich, so Robert Dölger, ein Umdenken in der deutschen Außenpolitik erkennen: Der afrikanische Kontinent rücke stärker in den Fokus. Ein Beispiel dafür sei die Neufassung der afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung 2019. Auch während seiner EU-Ratspräsidentschaft werde Deutschland den afrikanischen Kontinent als außenpolitischen Schwerpunkt behandeln. Auf EU-Ebene zeichnet sich ebenfalls spätestens seit der Vorstellung der neuen EU-Afrikastrategie im März dieses Jahres ein ähnlicher Wandel hin zu einer engeren und vor allem gemeinsam mit Afrika gestaltenden Partnerschaft ab. Im Herbst 2020 solle der AU-EU-Gipfel stattfinden, bis Ende des Jahres wolle man die Post-Cotonou-Verhandlungen sowie die Verhandlungen über den Finanzrahmen der EU abschließen. Den Gipfel wolle man durch ein Außenministertreffen vorbereiten. Allerdings seien diese Pläne durch den Ausbruch von Covid-19 allenfalls teilweise umsetzbar, erklärte Dölger. Es sei noch offen, ob Außenministertreffen und Gipfel in persona oder virtuell stattfinden würden.

Zwar bemühe man sich, die Zusammenarbeit mit Afrika gerade in der Covid-19-Krise zu intensivieren. Die EU habe rd. 3 Mrd. Euro zur Pandemiebekämpfung in Afrika bereitgestellt. Allerdings führe die Ausbreitung

von Covid-19 zu einer Reihe von nicht kalkulierbaren Variablen: Er denke etwa an die Kosten des Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaft für Europa. Eine Reihe afrikanischer Staaten sei durch den Absturz des Ölpreises, die Krise des Tourismus' und den Rückgang der Überweisungen der Diaspora ebenfalls wirtschaftlich und finanziell unter extremen Druck geraten. Die finanziellen Spielräume zur Neugestaltung der EU-AU-Beziehungen seien insofern nicht groß. Zur Entlastung afrikanischer Länder setzten sich Deutschland und die EU weiterhin für Schuldenmoratorien ein, betonte Dölger.

Auch Volkmar Klein warnte davor, die ökonomischen Folgen in Afrika und deren Auswirkungen auf die europäisch-afrikanischen Beziehungen zu unterschätzen: Eine zentrale Herausforderung, so Klein, hätten drohende Deinvestitionen auf dem afrikanischen Kontinent: Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, die ein hohes Risiko trügen, würden ihr ökonomisches Engagement in Afrika in der Covid-Krise reduzieren. Dem müsse entgegengesteuert werden. Die Förderung von Entwicklung und Sicherheit in Afrika liege weiter im europ. Interesse, weil auch die Sicherheit Europas, etwa durch eine zunehmende Terrorismusgefahr, direkt von der Lage in Afrika abhängt.

Die aktuelle Krise dürfe nicht genutzt werden, um die Rechte der Zivilgesellschaft zu schwächen, betonte Omid Nouripour. Dölger führt aus, dass Deutschland die Förderung der Zivilgesellschaft als eine Priorität ansehe. Des weiteren stehe die Frage der (legalen) Migration im Fokus der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Deutschland wolle sich für konkret umsetzbare Abkommen und Projekte engagieren.

Die Covid-19-Krise mache zudem deutlich, wie sehr Europa und Deutschland in einem Systemwettbewerb mit China in Afrika stünden: Mit der öffentlichkeitswirksamen Lieferung von Schutzkleidung und Testkits an über 40 afrikanische Länder habe China eine gewaltige Propaganda-Offensive gestartet, auf die Deutschland und die EU antworten müssten, so Dölger. Auch Nouripour kritisierte Chinas sogenannte Masken-Diplomatie und schlug vor, Kooperationen mit langjährigen Partnern wie Indien auch auf dem afrikanischen Kontinent strategisch auszubauen. Insgesamt bedürfe es sichtbarer europäischer Erfolge in Afrika, um dem chinesischen Einfluss entgegenzuwirken, resümierte Klein. Dazu müsse auch das enorme Engagement Chinas im Infrastrukturbereich in ein positives Gesamtkonzept eingebettet werden.

Aktuell liege der Fokus von Europa und Afrika vor allem auf der Minimierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Vor diesem Hintergrund, so betonte Dölger, sei die Stärkung des multilateralen Systems zentral. Dabei sei Afrika ein wichtiger Partner. Deutschland unterstütze insbesondere internationale Organisationen wie die WHO, das WFP, die globale Impfstoff-Allianz und die Vereinten Nationen mit hohen Summen. Man wolle auch die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Regionalorganisationen intensivieren. Nouripour schloss sich dem an und wies auf die großen regionalen Unterschiede auf dem afrikanischen Kontinent hin, die unterschiedliche Antworten notwendig machten. Insgesamt sei ein gemeinschaftliches und kohärentes Vorgehen Europas in Afrika zentral. Hier liege jedoch eine weitere Herausforderung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft - unabhängig von Covid-19. Der Streit zwischen Frankreich und Italien über die richtige Libyenpolitik zeige, wie weit Europa von einer gemeinsamen Außenpolitik noch entfernt sei, erklärte Nouripour.

Nouripour bedauerte, dass das neue Konzept „BMZ 2030“ das BMZ in ein reines „Afrikaministerium“ umwandle. Das Auswärtige Amt sei offenbar kaum in die Gestaltung des Konzepts eingebunden gewesen. Diese Vermutung äußerte auch MdB von Holtz, der die mangelnde Koordinierung innerhalb der Bundesregierung beklagte. Zudem vermisse er, so Nouripour, das Thema Klimapartnerschaften. Im Hinblick auf die Landwirtschaft falle auf, dass das Problem der Subventionierung des europäischen Agrarmarkts nicht angesprochen werde, obwohl es enorme Auswirkungen auf die Entwicklung der Landwirtschaft in Afrika habe.

Im Hinblick auf die Post-Cotonou-Verhandlungen bedauerte Dölger, dass eine Überwindung der unterschiedlichen Interessen zwischen den Maghrebstaaten und Subsaharaafrika nicht möglich war, was erlaubt hätte, einen interkontinentalen Vertrag abzuschließen. Es sei daher wichtig, im Rahmen der Agenden und Themen voranzukommen, z.B. im Rahmen der Unterstützung der Afrikanischen Freihandelszone.